

13. Digital first

Antrag des Regierungsrates vom 6. September 2023 und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 15. März 2024

KR-Nr. 160a/2021

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Präsidentin der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Das Postulat «Digital first» lud den Regierungsrat ein, mit einem Bericht aufzuzeigen, welche Erlasse einen ausschliesslich medienbruchfreien und digitalen Vollzug verhindern und wie und bis wann diese Hindernisse beseitigt werden können.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass der Kanton Zürich mit seinem Rechtsetzungsprojekt «Digilex» und der damit einhergehenden Teilrevision des VRG (*Verwaltungsrechtspflegegesetz*) die Grundlagen erarbeitet hat, um die Leistungen der öffentlichen Organe vollumfänglich elektronisch erbringen zu können. Die Teilrevision ist beschlossen und soll gemeinsam mit der Verordnung am 1. Januar 2025 in Kraft treten. Die STGK beantragt dem Kantonsrat daher einstimmig, das Postulat abzuschreiben. Besten Dank.

Roman Schmid (SVP, Opfikon): Auch die SVP-Fraktion ist mit der Abschreibung einverstanden, hier noch eine kleine Ergänzung: Mit Regierungsratsbeschluss 1362/2021, «Digitale Basisdienste», sollen Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen Rechte und Pflichten einfach durchgängig und sicher auf dem elektronischen Weg wahrnehmen können. Dazu läuft im Moment die Vernehmlassung im Kanton. Wir erhoffen uns daraus einen grossen Nutzen. Und zur Erinnerung: Wir sprechen hier von «Digital first» und nicht «Digital only». Die SVP-Fraktion ist für Abschreibung. Vielen Dank.

Nicola Yuste (SP, Zürich): Es wird Sie nicht überraschen, dass auch die SP der Abschreibung dieses Postulats zustimmt. Ich werde nicht mehr das Gesagte wiederholen, aber der Postulatsauftrag ist auf jeden Fall erfüllt. Es bleibt nur noch anzumerken, dass wir hoffen, dass die FDP, die dieses Postulat eingereicht hat, sich auch dafür einsetzen wird, dass die nötigen finanziellen Ressourcen vorhanden sind, um sicherzustellen, dass ein digitaler Vollzug ermöglicht beziehungsweise erleichtert wird.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil): Die Grundidee des Postulats war, die Leistungserbringung innerhalb der Verwaltung wie auch die Interaktion zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung und den Unternehmen bereits vom Denken her darauf auszurichten, dass dies grundsätzlich digital und medienbruchfrei erfolgen kann. Dazu braucht es in gewissen Bereichen Änderungen, auch in Gesetzen und Verordnungen. Was kein Bestandteil dieses Postulats war, ist die Forderung nach neuen Programmen, neuen Initiativen oder Legislaturzielen. Es gibt in diesem Bereich schon genügend Papier und Absichtserklärungen.

Wir kommen aufgrund der Postulatsantwort zum Schluss, dass der Kulturwandel stellenweise stattgefunden oder zumindest begonnen hat. So hat der Kanton mit dem Rechtsetzungsprojekt «Digilex» und der damit einhergehenden Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes die Grundlage erarbeitet, um die Leistung der öffentlichen Organe vollumfänglich elektronisch erbringen zu können. Die Teilrevision ist beschlossen und soll gemeinsam mit der Verordnung in Kraft treten. Wo wir uns etwas mehr Substanz gewünscht hätten, ist bei der zweiten Frage: Nicht überall gibt es klare und verbindliche Fristen.

Trotzdem sind wir bereit, das Postulat abzuschreiben. Doch die Arbeit ist noch nicht erledigt. Gerade auch wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind gefordert, in der Gesetzgebung und bei Vorstössen darauf zu achten, dass diese kompatibel sind mit unserer digitalen Lebenswirklichkeit. Denn der Wandel beginnt im Kopf. Wir schreiben ab, besten Dank.

Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich): Auch wir Grüne schreiben das Postulat ab. Ein Kernanliegen der Postulantinnen wurde ja bereits mit der Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes im Oktober 2023 erfüllt, und zwar wird jetzt unter «Schriftlichkeit» nicht nur die Überlieferung von Text auf Papier verstanden, sondern der Begriff «Schriftlichkeit» umfasst im kantonalen Verwaltungsverfahren auch die elektronische Form. Und so wurde die Grundlage geschaffen, um den digitalen Vollzug nicht mehr zu verhindern. Dies ist klar auch im Sinne von uns Grünen. Mit seiner «Strategie digitale Verwaltung» und dem Rechtsetzungsprojekt «Digilex» macht der Regierungsrat im Bereich der Digitalisierung auch vorwärts. Doch – und da sind sich wahrscheinlich die meisten hier im Rat einig – es könnte durchaus noch schneller vorangehen. Und hier sehen wir die Sparallianz von Mitterrechts in der Pflicht. Sie sollte den Digitalisierungsprozess nicht durch unnötige Budgetkürzungen verschleppen, sondern die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Denn sehen wir den Tatsachen doch ins Auge: Die Digitalisierung macht nicht einfach alles billiger, schneller und effizienter. Zumindest in der Transformationsphase, in der wir uns jetzt befinden, ist sie vor allem ein Kostentreiber.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Rat ist heute sehr unruhig. Verlegen Sie doch Gespräche bitte nach draussen, damit wir diejenigen, die sprechen, zuhören können.

Regierungspräsident Mario Fehr: Vielen Dank für die doch sehr freundliche Aufnahme dieses Berichts. Frau Fehr – nomen est omen – hat natürlich vollkommen recht, wenn sie sagt «der Wandel beginnt im Kopf und die Arbeit ist noch nicht getan». Der Regierungsrat ist daran. Wenn die Vernehmlassung abgeschlossen ist, werden wir die nötige Verordnung erlassen. Auf wann genau das sein wird, werden wir nicht sagen können. Es war einmal vorgesehen auf den 1. Januar 2025. Es gibt diverse Bedenken vor allem der Gerichte. Diese werden wir mitberücksichtigen müssen. Wie werden aber diese Vorlage noch vor den Sommerferien

beschliessen, auch auf wann sie in Kraft tritt, und so rasch wie möglich vorwärts-machen. Der Wandel beginnt im Kopf.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Ab-schreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 160/2021 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.